

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Claudia Müller, Beate Walter-Rosenheimer, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/29284 –**

### **Zukunftspakt maritime Ausbildung für mehr Know-how in der Seeschifffahrt**

#### **A. Problem**

Die Antragstellenden haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie darauf hinweisen, dass trotz eines weltweiten Aufwuchses der Gesamtflotte der Schiffe Deutschland eine rückläufige Entwicklung in allen Teilbereichen (Schiffseigentum, Flagge, Beschäftigte) zu verzeichnen habe. Es sei aber wichtig, dass Deutschland weiterhin eine wichtige internationale Rolle im maritimen Bereich wahrnehme. Nach dem Willen der Antragstellenden soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung daher insbesondere auffordern, in Kooperation mit den Küstenländern die maritime Ausbildung in einem „Zukunftspakt maritime Ausbildung“ neu aufzustellen und attraktivere Angebote für künftige Auszubildende und Reedereien zu schaffen. Dabei sollen auch die Bedingungen der maritimen Berufe und der Ausbildungswege an familienfreundliche Beschäftigungsmodelle angepasst werden. Eine umfassende Studie zum Benchmarking der maritimen Standorte solle durchgeführt werden, um den Schifffahrtsstandort Deutschland besser zu positionieren und Fördermittel attraktiver einsetzen zu können. Außerdem solle die Bundesregierung die Entbürokratisierung und Vereinfachung der maritimen Förderkulisse vorantreiben, Förderungen für Ausbildung und Beschäftigung zukünftig an verbindliche und nachprüfbar Zusagen der Reedereien knüpfen und weitere Anreize für umweltfreundliche Schiffsneubauten schaffen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/29284 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur**

**Cem Özdemir**  
Vorsitzender

**Dr. Christoph Ploß**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Dr. Christoph Ploß

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/29284** in seiner 227. Sitzung am 6. Mai 2021 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragstellenden haben einen Antrag eingebracht, mit dem sie darauf hinweisen, dass seit der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 die Anzahl der Beschäftigten und der Auszubildenden in Schifffahrtsbetrieben bei gleichzeitig zurückgehenden Flottenzahlen sinke. Trotz eines weltweiten Aufwuchses der Gesamtflotte der Schiffe habe Deutschland eine rückläufige Entwicklung in allen Teilbereichen (Schiffseigentum, Flagge, Beschäftigte) zu verzeichnen. Die Bundesregierung müsse daher zusammen mit den Küstenländern und Reedereien die maritimen Berufe wieder attraktiv gestalten. Um das Maritime Know-how am Standort Deutschland zu sichern, müsse die maritime Förderkulisse zukunftsfähig aufgestellt werden. Es sei wichtig, dass Deutschland weiterhin eine wichtige internationale Rolle im maritimen Bereich wahrnehme. Nach dem Willen der Antragstellenden soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung insbesondere auffordern, in Kooperation mit den Küstenländern die maritime Ausbildung in einem „Zukunftspakt maritime Ausbildung“ zukunftsfähig neu aufzustellen und attraktivere Angebote für künftige Auszubildende und Reedereien zu schaffen. Ferner solle sie die maritimen Ausbildungswege hierzulande so neu aufstellen, dass sie auch in der Reederschaft ohne Vorbehalte angenommen würden. Außerdem sollten die Bedingungen der maritimen Berufe und der Ausbildungswege an familienfreundliche Beschäftigungsmodelle angepasst werden, um auch mehr Frauen für die Schifffahrt zu begeistern. Eine umfassende Studie zum Benchmarking der maritimen Standorte solle durchgeführt werden, um den Schifffahrtsstandort Deutschland besser zu positionieren und Fördermittel attraktiver einsetzen zu können. Außerdem solle die Bundesregierung die Entbürokratisierung und Vereinfachung der maritimen Förderkulisse vorantreiben, sämtliche Förderungen für Ausbildung und Beschäftigung zukünftig an verbindliche und nachprüfbare Zusagen der Reedereien knüpfen und weitere Anreize für umweltfreundliche Schiffsneubauten schaffen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/29284 in seiner 122. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/29284 in seiner 76. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag auf Drucksache 19/29284 in seiner 114. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, der Antrag benenne Ziele, die sie ebenfalls teilen könne. In verschiedenen Ausschusssitzungen habe man deutlich gemacht, dass man den Schifffahrtstandort Deutschland in Zukunft attraktiver gestalten wolle, wobei klar sei, dass sich gerade bei der Ausbildung von Seeleuten etwas ändern müsse. Auf Initiative der von ihr mitgetragenen Bundesregierung habe der Deutsche Bundestag verschiedene Maßnahmen beschlossen, wobei sie als Stichwort die Reform der Seelotsenausbildung nenne. Man habe für die Ausbildung eine zeitgemäßere Gestaltung beschlossen, weil sich in den vergangenen Jahren die Ansprüche von Arbeitnehmern geändert hätten. Schiffsleute und Arbeitnehmer, die bei den Reedereien angestellt seien, wollten nicht mehr so häufig wie früher lange Zeit heimatfern eingesetzt sein. Auch bei der „Maritimen Agenda 2025“ verfolge man das Ziel, in einem intensiven Dialog zwischen Politik, Gewerkschaften und Arbeitgebern auch Ausbildungswege immer wieder anzupassen. Familienfreundlichkeit spiele dabei eine große Rolle. Auch werde man darauf hinwirken, dass die Steuergesetzgebung im internationalen Vergleich möglichst wettbewerbsfähig gestaltet werde.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, viele Punkte und Forderungen des Antrags seien bereits aufgegriffen worden. Sie habe im Zusammenhang mit der Nationalen Maritimen Konferenz schon deutlich gemacht, dass man eine neue Perspektive für die maritime Ausbildung gemeinsam mit den Sozialpartnern brauche. Die Evaluierung der Schifffahrtförderung habe deutlich gezeigt, dass sowohl die Schiffsbesetzungsverordnung als auch die aktuelle Förderkulisse nicht nur an den Bedürfnissen der Seeleute, sondern auch denen des Marktes vorbeigehe. Deswegen habe sie gemeinsam mit der CDU/CSU-Fraktion einen umfangreichen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Man dürfe die Reedereien nicht nur mit Finanzhilfen ausstatten, sondern müsse diese auch in die Pflicht nehmen, die gemachten Zusagen zukünftig wirklich zu erfüllen, was ausweislich des Evaluierungsberichts noch nicht der Fall sei. Sie lehne den Antrag ab, weil dieser zu kurz greife.

Die **Fraktion der AfD** betonte, alle europäischen Küstenländer, aber auch weltweit alle Schifffahrtsnationen bildeten ihren Nachwuchs selbst aus. Es gelte ein weltweit einheitlicher Standard namens STCW. Wenn die Antragsteller hier rechtliche Rahmenbedingungen für europäische Seeleute forderten, griffen sie damit in IMO- und EU-Angelegenheiten ein. Die Antragsteller forderten nicht nur Verantwortung in Deutschland, sondern appellierten an den Patriotismus der profitorientierten global tätigen und risikotragenden Unternehmer und wollten in deren Geschäftshandlungen eingreifen. Das gehe nicht an. Der Reeder oder Charterer unterliege internationalen Wettbewerbsbedingungen und diese seien gnadenlos. Billiglohnländer böten international ganze Schifffahrtsbesatzungen an, vom Kapitän bis zum Matrosen. Soweit die Antragsteller sich für mehr Frauen an Bord einsetzten, sei festzustellen, dass es schon jetzt jeder Frau freistehe, beruflich zur See zu fahren. Das sei allerdings ein harter Beruf, mit teils schweren körperlichen Arbeiten. Sie kündigte an, sie werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** unterstrich, sie teile die Analyse von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hinblick auf den maritimen Standort. Man habe in diesem Ausschuss bereits häufig festgestellt, dass die deutsche Flagge seit Jahren an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit verliere. Auch die Ausbildung im maritimen Sektor brauche ein „Update“, wobei sie das Stichwort „Lotsenausbildung“ nenne. Auch wenn der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in die richtige Richtung gehe, fehlten die notwendigen konkreten Anwendungen. Es reiche eben nicht aus, die Hochschulen zu stärken oder die Rahmenbedingungen zu verbessern. Auch in Bezug auf die verbindlichen Zusagen der Reeder gebe es noch eine ganze Reihe von Fragezeichen. Sie gehe davon aus, dass das Thema den Ausschuss auch in Zukunft intensiv beschäftigen werde. Sie werde sich bei diesem Antrag enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE** erklärte, es reiche nicht aus, an einer „Stellschraube zu drehen“, wenn man die Probleme bei der Gewinnung von maritimem Nachwuchs angehen wolle. Sie übe hier an der Bundesregierung Kritik. Die Subventionen flössen seit Jahren völlig reibungslos und die Ausbildungsgänge seien eigentlich auch attraktiv. Um die jungen Menschen wieder für die Seefahrt zu begeistern, müssten aber endlich genügend sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze von den Reedern bereitgestellt werden. Die Antragsteller forderten zu Recht überprüfbare Zusagen der Reeder im Gegenzug zu gewährten Subventionen. Das sei im Rahmen des maritimen Bündnisses vor Jahren auch vereinbart worden. Wenn man aber die Einhaltung der Zusagen überprüfe, entstehe ein verheerendes Bild. Mindestens 600 Schiffe sollten beispielsweise jetzt eigentlich unter deutscher Flagge fahren,

aber es seien nicht einmal 200. DIE LINKE. wolle das maritime Bündnis aus Reedern und Gewerkschaften wiederbeleben. Dafür müsse aber der Druck auf die Schiffseigner und Reeder erhöht werden. Das Prinzip „Leistung ohne Gegenleistung“ müsse beendet werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, in der Analyse sei man sich offenbar einig, dass es ein Problem gebe, das man angehen müsse. Die Beschäftigungszahlen und die Ausbildungszahlen seien rückläufig und das gefährde langfristig nicht nur die deutsche Seeschifffahrt, sondern den gesamten maritimen Standort Deutschland. Die Reform des Seelotsgesetzes habe zehn Jahre gedauert. So viel Zeit stehe in anderen Bereichen nicht zur Verfügung. Wenn die Beschäftigungszahlen zurückgingen, würden auch die Ausbildungsstandorte gefährdet. Wenn Hochschulen nicht mehr die erforderlichen Studierendenzahlen hätten, würden sie solche Studiengänge schließen. Damit gehe neben dem Ausbildungsstandort auch ein Teil der Forschung im maritimen Bereich verloren. Es sei klar, dass man mit den Reedern zusammen handeln müsse. Auch den Reedern selbst sei klar, dass Veränderungen eintreten müssten. Berufe, die für Frauen attraktiver würden, zögen erfahrungsgemäß auch mehr Männer an, da z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Frauenthema mehr sei, sondern alle jüngeren Menschen interessiere und betreffe. Die Branche habe hier einen extremen Nachholbedarf. Der Trend nach unten müsse gestoppt und umkehrt werden, um den Erhalt des wichtigen maritimen Sektors zu erreichen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/29284.

Berlin, den 9. Juni 2021

**Dr. Christoph Ploß**  
Berichterstatter





